

NR. 33 / MAI 2023

GRÜNWÄRTS

INFOBULLETIN GRÜNE BASELSTADT & BASELSTADT



- > **ATOMRENAISSANCE:** KEINE LÖSUNG FÜR DIE KLIMAKRISE S. 3
- > **ABSTIMMUNGEN:** PAROLEN FÜR DEN 18. JUNI S. 6
- > **JGB:** NEIN ZUM FLÜSSIGGASTERMINAL IN DER SCHWEIZERHALLE S. 8

- 2 Editorial
- 3 Thema: Atomenergie
- 6 Abstimmungen
- 8 Wahlen BS
- 9 JGB Nordwest
- 10 Aus den Kantonen: BL
- 11 Aus den Kantonen: BS
- 12 Vermischtes

Grünwärts – Infobulletin der
GRÜNEN Baselland und Basel-Stadt

Herausgeberin: GRÜNE Baselland
und Basel-Stadt, Güterstrasse 83,
4053 Basel

Redaktion: Nadine Freiermuth
Samardžić (nfs), Helma Pöppel (hp),
Michael Durrer (md), Laura Schwab
(ls), Martin Stohler (ms), Oliver
Thommen (ot)

info@gruene-bl.ch
sekretariat@gruene-bs.ch

Gestaltung: grafik@sarahmartin.ch

Druck: bc medien ag

Gedruckt auf Nautilus, 100% Recy-
cling, Blauer Engel

Erscheint 4-mal pro Jahr, Auflage
2500 Ex.

Redaktionsschluss: 16. April 2023

Nächste Ausgabe: September 2023



Nur wenige Stunden nachdem am 15. April in Deutschland die letzten drei Atomkraftwerke vom Netz gegangen waren, nahm in Finnland ein neuer Reaktor den Betrieb auf. Mit einer Kapazität von 1600 Megawatt ist «Olkiluoto 3» der leistungsstärkste Reaktor Europas.

Die Inbetriebnahme des ersten Druckwasser-Reaktors ausserhalb Chinas löste bei Atom-Freunden weltweit euphorische Reaktionen aus. Auch viele Schweizer Medien berichteten positiv über das Ereignis. So etwa Bruno Knellwolf (CH Medien), der in Finnland mit seiner weitsichtigen Technologieoffenheit ein Vorbild sieht. Und gemäss SRF wurde die «verlässliche, klimaverträgliche Stromquelle» durch «eine langfristige und stabile Regierungspolitik» ermöglicht. Fakt ist, das 2003 in Auftrag gegebene AKW sollte ursprünglich 2009 fertig werden und 3 Milliarden Euro kosten. Tatsächlich hat sein Bau jedoch 18 Jahre gedauert und mit 11 Milliarden Euro viermal mehr gekostet. Während der Bauphase kam es immer wieder zu Pannen und schadhafte Bauteile mussten ausgetauscht werden, bevor das AKW überhaupt ans Netz gehen konnte. Die aktuelle Debatte über eine «Atom-Renaissance» in der Schweiz ist nichts anderes als ein rechtsbürgerlicher Versuch, die Energiewende weiter zu verschleppen.

Michael Durrer, Präsident Grüne BL

RENAISSANCE DER ATOMENERGIE?

Staatliche Gelder halten die AKW-Illusion am Leben. Aber die Atomenergie ist längst überholt.

In der durch den Ukrainekrieg manifest gewordenen Energiekrise ist häufig die Rede von einer Renaissance der Atomenergie. Eine solche gibt es nicht. Weltweit, insbesondere in Europa und Nordamerika sind nur wenige AKW im Bau. Deren Planungs- und Bauzeiten verzögern sich laufend, und die Kostensteigerungen infolge technischer Probleme sind massiv. Die bestehenden AKW kämpfen mit Sicherheitsproblemen und häufigen Störfällen. Grossrisiken bleiben nicht versicherbar. Die Endlagerung des Atommülls ist ungelöst. Russland dominiert auch den Uranmarkt. Das in der Schweiz verwendete Uran kommt grösstenteils aus Russland. AKW sind mittlerweile die grösste Quelle einer Energie-Versorgungskrise, wie sich letzten Winter zeigte, als die Hälfte der französischen Atomkraftwerke nicht am Netz war.

Weil die Kosten von Photovoltaik und Windstrom sinken, ist in der Schweiz niemand bereit, in neue AKW zu investieren. Vor allem autoritäre Staaten wie China setzen noch auf Atomkraft. Frankreich kämpft in der EU um Subventionen, um seinen krisenanfälligen, in die Jahre gekommenen Atompark weiter finanzieren zu können.

Die Atomlobby und unverbesserliche Optimist*innen beschwören eine kommende Generation «neuer Reaktorkonzepte». Diese existieren jedoch höchstens als Blaupausen oder in Laborexperimenten. Dies gilt auch für die Small Modular Reactors (SMR).

URSACHEN DES NIEDERGANGS DER ATOMKRAFT

Nach den Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki gelang es den Atommächten mit dem Versprechen des «friedlichen Atoms» eine weltweite Euphorie zu erzeugen. Die Realität ist eine Geschichte von Pleiten und Katastrophen. Als Erstes verflüchtigte sich der Mythos vom «friedlichen Atom». Mit wenigen Ausnahmen produzieren nur Staaten AKW, die auch Atomwaffen besitzen. Ein massiver Rückschlag für die Atomindustrie war das Scheitern der Schnellen-Brüter-Technologie, mit welcher das Problem des beschränkten Uran-Brennstoffs gelöst werden sollte und atomwaffenfähiges Plutonium produziert werden kann. Frankreich, Grossbritannien und die USA haben diese Technologie aufgegeben. Deutschlands Brüter in Kalkar nahm nie den Betrieb auf. Heute hat nur Russland zwei Schnelle Brüter, in China und Indien sind solche im Bau. Der Niedergang der Atomenergie ist jedoch in erster Linie die Folge schwerer Unfälle. 1979 kam es in Harrisburg/USA

zu einer Kernschmelze in Three Mile Island, ein Ereignis, von welchem behauptet worden war, dass es unmöglich sei. Es folgte 1986 der Unfall in Tschernobyl, von dem mehr als eine halbe Million Menschen betroffen waren, der schlimmste (bekannte) Atomunfall in der Geschichte. Die Atom-Katastrophe von Fukushima 2011 mit Kernschmelzen in drei Reaktoren machte endgültig klar, dass auch in westlichen AKW die bestehenden Sicherheitsvorkehrungen Gross-Katastrophen nicht verhindern können. Japan kämpft noch heute mit den Folgen der Katastrophe. Weltweit beschleunigte sich mit dem Unfall in Japan der Atomausstieg. Eine indirekte Folge des Unfalls in Fukushima sind erhöhte Sicherheitsanforderungen für AKW und in der Folge massive Kostensteigerungen.

WEM NÜTZT DAS GEREDE EINER RENAISSANCE DER ATOMKRAFT?

Man muss kritisch hinterfragen, weshalb entgegen aller Fakten Medien fast täglich von einer Renaissance der Atomkraft und Politiker*innen von neuen AKW schwadronieren. Sicher spielen die Dringlichkeit der Energiewende und die Tatsache eine Rolle, dass Putins Erpressungsversuche noch dem letzten klargemacht haben, dass die Förderung erneuerbarer Energien in den letzten Jahren sträflich vernachlässigt wurde.

Viele haben auf russisches Gas vertraut. Im Hintergrund wird darauf spekuliert, die bestehenden AKW möglichst lange laufen zu lassen und dafür staatliche Subventionen zu erhalten. Abgesehen von den Risiken veralteter Reaktoren

wird damit der notwendige Umstieg auf erneuerbare Energien behindert. Bandenergie aus AKW ist nur langsam regulierbar und verstopft die Stromnetze, wenn grosse Mengen Wind- und PV-Strom verfügbar sind. Atomkraft steht

dem dezentralen Umbau des Stromversorgungssystems im Weg.

Jürg Stöcklin, Co-Präsident Sachgruppe Energie und Umwelt, GRÜNE BS

DER MYTHOS DER KLIMANEUTRALEN ATOMENERGIE

CO₂-Ausstoss und Wasserverbrauch widersprechen dem Versprechen von nachhaltigen AKW.

Manche Kräfte fordern bei der Diskussion rund um die Energieversorgung, dass die Atomenergie auch künftig Teil des Energiemixes sein soll, da diese angeblich klimaschonend sei. Höchste Zeit, mit diesen falschen Annahmen aufzuräumen.

Beim Uranabbau, beim Kraftwerksbau oder -rückbau bis hin zur Endlagerung des Atommülls fallen CO₂-Emissionen an. Laut einer deutschen Studie verbraucht ein AKW mit russischem Uran rund 65 Gramm CO₂ pro Kilowattstun-

de produziertem Strom. Zum Vergleich: Wasserkraft braucht rund 23 Gramm CO₂ pro kWh, ist also fast dreimal umweltfreundlicher.

FLUSS-ERWÄRMUNG DURCH KÜHLWASSER

Doch nicht nur beim CO₂ haben AKW eine sehr schlechte Umweltbilanz. Atomkraftwerke haben einen riesigen Wasserverbrauch, da der Reaktor stark gekühlt werden muss. Pro Jahr benötigen AKW in Europa 2,44 Milliarden m³ Wasser, gleich viel wie alle deutschen Haushalte zusammen. Problematisch ist auch, dass ein Teil des Kühlwassers in die Flüsse zurückgeleitet werden muss. Beim AKW Beznau wird beispielsweise

regelmässig 32 Grad warmes Kühlwasser in die Aare geleitet. Dies kann zu geringerem Sauerstoffgehalt des Flusswassers führen, bestimmte Fischarten werden in ihrer Fortpflanzung beeinträchtigt oder sterben früher.

Es ist einfach: Heute gibt es genügend andere nachhaltige Energiequellen, die weniger Treibhausgasemissionen verursachen und geringere wirtschaftliche und soziale Kosten sowie Risiken für die nächste Generation verursachen. Engagieren wir uns für eine Solaroffensive und nutzen wir die erneuerbaren Energiequellen!

Florence Brenzikofer, Nationalrätin GRÜNE BL

FÜNF ARGUMENTE GEGEN DIE ATOMKRAFT

In eine Diskussion mit eine*r Atomoptimist*in verwickelt? Hier gibt's fünf einfache Gründe gegen AKW.

1. TÖDLICHER BRENNSTOFFZYKLUS

In vielen Ländern mit Uranerz-Abbau sind die Achtung der Menschenrechte und der Umweltschutz nicht gewährleistet. Für den Abbau von einem Kilogramm Uran bleibt durchschnittlich eine Tonne an radioaktivem Abraum zurück, welcher das Grundwasser gefährdet. Und in den Minen sind Bergarbeiter*innen lebensbedrohlichem radioaktivem Gas ausgesetzt.

2. FEHLENDE SICHERHEIT

Das ENSI hat im letzten Jahr 27 melde-

pflichtige Störungen erfasst. Trotzdem bewertet es den Schutz der Bevölkerung als genügend. Gemäss unabhängigen Experten wird dabei der Spielraum des Regelwerks jedoch aufs äusserste ausgereizt. Auch wenn die Störungen keine direkte Gefahr darstellen, können sie zu nicht planmässigen Abschaltungen führen, was die sichere Stromversorgung der Schweizer empfindlich gefährden kann.

3. UNGELÖSTE ENDLAGERUNG

Das offensichtlichste Problem sind die hochradioaktiven Brennelemente, welche nach ihrer Nutzung für Millionen Jahre kommende Generationen gefährden. Bis heute konnte noch kein Endlager weltweit in Betrieb genom-

men werden, und in der Schweiz und vielen andern Staaten wird sich dies auch nicht so bald ändern. Das Schweizer Tiefenlager geht nach aktuellem Zeitplan nicht vor 2060 in Betrieb. Bis dahin verbleibt der gefährliche Abfall in Zwischenlagern.

4. HOHE KOSTEN

Investitionen in AKW-Strom kann nicht mit erneuerbarem Strom aus einer Photovoltaik- oder Windkraftanlage konkurrieren. Während die Kosten von 2009 bis 2021 für PV-Strom um 90 Prozent und Wind-Strom um 72 Prozent gesunken sind, sind die Kosten für AKW-Strom um 36 Prozent gestiegen. Der globale Zubau von erneuerbarer Stromproduktion wächst exponentiell,

während der Zubau von AKW stagniert oder abnimmt.

5. LANGE BAUZEITEN

Finnland hat als erstes Land nach der Atomkatastrophe in Fukushima wieder

mit dem Bau eines neuen AKW begonnen. Ursprünglich sollte der Bau sechs Jahre dauern und drei Milliarden Euro kosten. Tatsächlich kostete die Anlage elf Milliarden Euro und der Bau dauerte inklusive Planung 19 Jahre. Alleine we-

gen der langen Bau- und Planungs-dauer leisten AKW keinen Beitrag im notwendigen Sprint zur Klimaneutralität bis spätestens 2050.

Jonas Mühlemann, SG Energie und Umwelt, GRÜNE BS

FAKTEN ZUM WELTWEITEN NIEDERGANG DER ATOMKRAFT

Das Lobbying für die Atomenergie scheitert an der Realität.

Die weltweite Anzahl AKW in Betrieb nimmt seit Jahrzehnten ab. Im Jahr 2022 waren noch 411 Atomreaktoren in Betrieb, 27 weniger als 2002, als die Atomkraft mit 438 Reaktoren in Betrieb ein Maximum erreichte.

Das durchschnittliche Alter dieser AKW nimmt seit 1984 zu und beträgt aktuell 31 Jahre, 105 sind sogar schon länger als 41 Jahre in Betrieb. Das mittlere Alter bei Ausserbetriebnahme beträgt aktuell 42,2 Jahre.

Der Anteil Atomstrom am weltweiten Elektrizitätsverbrauch betrug 2021 noch 9,8 %, und war damit 40 % tiefer als 1996, als dieser Anteil mit 17,5 % sein Maximum erreicht hatte.

Zwischen 2002 und 2021 wurden 105 Reaktoren ausser Betrieb und 98 neu in Betrieb genommen, von letzteren allein

50 in China. Ausserhalb von China nahm die Anzahl AKW in Betrieb dramatisch ab, nämlich um 57 Reaktoren.

Mitte 2022 waren in 15 Ländern 53 Reaktoren im Bau. 80 % dieser Reaktoren sind entweder in Asien oder Osteuropa im Bau. Nur in China, Indien, Russland und Süd-Korea befindet sich mehr als ein AKW im Bau.

In China sind 21 AKW im Bau, das Land baut aber nur im Inland. Russland hat nur 3 AKW im Bau, dominiert aber den internationalen Markt mit 17 AKW, die sich in 7 Ländern im Bau befinden, davon je vier in China und Indien und drei in der Türkei.

Die 53 Reaktoren im Bau sind dies durchschnittlich bereits seit 6,8 Jahren. Alle weisen jahrelange Bauverzögerungen auf. Der pannenanfällige Europäische Druckwasserreaktor der dritten Generation (EPR), das einzige AKW im Bau in Frankreich, ist seit über 10 Jahren

und der soeben in Betrieb gegangene finnische Reaktor des gleichen Typs war 13 Jahre im Bau, kostete ca. 11 Milliarden Euro, fast dreimal mehr als ursprünglich geplant.

Die USA haben mit 92 AKW in Betrieb den grössten und mit 41,6 Jahren den ältesten Atompark der Welt. Nur 2 AKW sind im Bau, deren Kosten sich mittlerweile auf über 30 Milliarden US-Dollar belaufen.

Um nur schon den Status quo der weltweiten atomaren Elektrizitätsproduktion beizubehalten, müssten bis 2030 mehr als 160 neue Atom-Reaktoren in Betrieb gehen, dreimal mehr als in den letzten 10 Jahren.

Jürg Stöcklin, Co-Präsident SG Energie und Umwelt, GRÜNE BS

Quelle: Schneider, Mycle: The World Nuclear Industry Status Report 2022

KLEINE MODULARE REAKTOREN SIND KEINE LÖSUNG

Neben der Verheissung der Fusionsenergie werden von der Atom-Lobby kleinere Reaktoren als Zukunft angepriesen.

In letzter Zeit wurde verstärkt die Werbetrommel für Mini-AKW gerührt, sogenannte Small Modul Reactors (SMR). Sie sollen weniger abhängig vom Ausland machen, die Energielücke füllen und erst noch gut fürs Klima sein.

Fakt ist: Durch ein Abziehen von Investitionen für erneuerbare Energien wird deren Ausbau behindert und ver-

langsam. Dass Mini-AKW tatsächlich kostengünstiger wären, ist noch zu beweisen. Sowieso wäre eine Kostenreduktion nur durch eine unrealistisch hohe Stückzahl zu erreichen.

Auch wenn mit den SMR viele Versprechen gemacht werden – wir brauchen jetzt eine Lösung. Mit den erneuerbaren Energien ist eine solche vorhanden. Die verschiedenen erneuerbaren Energien (Fotovoltaik, Wind, Wasser) ergänzen sich gegenseitig und machen uns unabhängig von Machthabern und fossilen Brennstoffen. Die Technologi-

en stehen bereit zum grossen Ausbau (siehe Solaroffensive). SMR bestehen bisher nur auf dem Papier, das Unfallrisiko bleibt bestehen und die Atommüllfrage ungelöst.

Nathalie Martin, Geschäftsführerin Nie wieder Atomkraftwerke Schweiz

WEITERLESEN



gruene-bs.ch/blog/renaissance-der-atomenergie

ABSTIMMUNGEN NATIONAL

KLIMASCHUTZGESETZ – SCHÜTZEN WAS WIR LIEBEN



Geröll, wo früher Gletscher waren, unbegehbare Hochgebirgsrouten, Steinschlaggefahren, Erdbeben – wer sich gerne im Schweizer Gebirge bewegt, spürt und sieht die Folgen der Klimaveränderungen unausweichlich. Besonders sichtbar und gefährlich ist beispielsweise das Schmelzen des Permafrostes. Mit der Erwärmung weicht die Ausbreitungsgrenze des Permafrostes zurück, Instabilitäten werden aktiviert und die Felssturzgefahr steigt. Die Veränderungen im alpinen Raum haben sich in den letzten Jahren für Bergsportler*innen deutlich bemerkbar gemacht.

Bei der Abstimmung über das Klimaschutzgesetz geht es darum, ob wir einen Absenkerpfad hin zur klimaneutralen Schweiz im Jahre 2050 einschlagen. Und es geht letztlich um die Frage, ob wir mit einem Gesetz endlich Weichen stellen und Verantwortung für kommende Generationen und für eine lebenswerte Zukunft übernehmen.

Bereits heute sind die Schäden und Folgekosten des Klimawandels deutlich sichtbar und spürbar. Die Durchschnittstemperaturen haben sich in der Schweiz doppelt so stark erhöht wie im globalen Durchschnitt. Wetterextreme wie Dürren, ungewöhnliche Unwetter und das immer schnellere Abschmelzen der Gletscher nehmen zu. Diese Klimaschäden verursachen in der Schweiz schon heute Kosten in Milliardenhöhe. Auch die Anpassungsmassnahmen kosten uns dreistellige Millionenbeträge pro Jahr. Der Klimaschutz ist deshalb ein Gebot der Stunde. Je länger wir warten, desto schlimmer und teurer werden die Schäden durch die Erhitzung des Klimas.

PRAGMATISCH UND SOZIAL- VERTRÄGLICH

Der eingeschlagene Weg zum Klimaschutz wird durch den hier vorliegenden Kompromiss mit langfristigen

Zielen, Investitionen und Innovationsförderung gestärkt. Dabei wird auch die Energiesicherheit gestärkt, denn das Gesetz reduziert die Abhängigkeit von Öl- und Gas-Importen aus dem Ausland. Kernelemente sind dabei der Ersatz von Öl-, Gas- und stromfressenden Widerstands-Heizungen und Effizienzmassnahmen im Gebäudebereich. Mit dem Gesetz lanciert der Bund ein Programm in der Höhe von 2 Milliarden Franken zum Ersatz von alten Heizungen über einen Zeitraum von 10 Jahren hinweg. Zudem werden Innovationen zum Klimaschutz finanziell gefördert und

WAS KANNST DU NOCH MACHEN?

Komme an eine Aktion:

27. Mai schweizweiter Aktionstag
u.a. Liestal, Altstadt
und Allschwil, Zentrum

3. Juni Neuweilerplatz, Gellert,
Basel & Kleinbasel

10. Juni Tellplatz, Basel

12. Juni Bahnhof SBB, Basel

Bestelle Material:

- Flyer zum Verteilen
- Aufkleber
- Plakate

Unternehmen auf dem Weg zur Emissionsreduktion unterstützt. Für diese Impuls- und Innovationsprogramme stellt der Bund 1,2 Milliarden Franken über 6 Jahre zur Verfügung.



JA AM 18. JUNI

Wenn ich in der Natur unterwegs bin und die tiefgreifenden Verschiebungen in der Natur wahrnehme, dann bereitet

mir die Zukunft Sorgen. Bereits heute verändert sich der Alltag von Familien in Berggebieten massiv. Erinnern Sie sich beispielsweise an die Hitzesommer 2018 und 2022, wo Alpkühe mit Helikoptern der Armee mit Wasser versorgt werden mussten? Ich möchte, dass sowohl die Berggebiete bewohnbar bleiben, aber auch meine Enkel- und Urenkel*innen in 50 Jahren die Schönheit der Schweizer Alpen geniessen können. Um die Energiewende zu schaffen, braucht es einen tiefgreifenden Wandel unserer Wirtschaft. Die Lösungen sind pragmatisch, sozialverträglich und fördern die Wirtschaft. Mit einem Ja am 18. Juni legen wir einen wichtigen Baustein und übernehmen Verantwortung für unsere Umwelt, unsere Erde und sorgen für eine lebenswerte Zukunft kommender Generationen.

Florence Brenzikofer, Nationalrätin
Grüne BL

JA ZUM COVID-GESETZ

Die GRÜNEN sagen Ja zur Verlängerung des Covid-Gesetzes. Obwohl mit der normalen Lage die Pandemiebekämpfung wieder bei den Kantonen liegt, wurde das Covid-19-Gesetz noch einmal verlängert. Dies ermöglicht im Falle eines erneuten Ausbruchs schnell die gesetzlichen Grundlagen für Massnahmen zum Schutze der Bevölkerung zu ergreifen. (ot)

JA ZU EINER OECD-MINDESTSTEUER GEGEN DAS STEUERDUMPING

Die Einführung einer OECD-weiten Mindestbesteuerung ist ein wichtiger Schritt zu einer internationalen Steuergerechtigkeit. Die OECD-Reform sieht eine Mindestbesteuerung von internationalen Unternehmen in der Schweiz vor, die einen Umsatz von mehr als 750 Millionen Euro jährlich erzielen.

Diese Unternehmen müssten künftig mindestens 15 Prozent Gewinnsteuern bezahlen. Das führt in Kantonen wie Basel-Stadt, Zug oder Zürich, wo viele solche Konzerne ihren Sitz haben, zu hohen Mehreinnahmen. Die Mehreinnahmen durch die neue Steuer bleiben zu 75 Prozent in den Kantonen und gehen zu 25 Prozent an den Bund. Die

GRÜNEN haben sich in den eidgenössischen Räten für einen anderen Verteilungsschlüssel eingesetzt, insbesondere weil auf Bundesebene Sparprogramme drohen und diese meist zulasten von ökologischen oder sozialen Anliegen oder der Bildung gehen. Die GRÜNEN Schweiz haben deshalb auch die Stimmfreigabe beschlossen.

MINDESTSTEUER: EIN LINKES ANLIEGEN

Die GRÜNEN Baselland und Basel-Stadt sind zu grossen Teilen der Meinung, dass die Einführung der Mindeststeuer Priorität hat. Sie entspricht einem ur-linken Anliegen und soll nicht wei-

ter verzögert werden, auch wenn die Höhe und Ausgestaltung der Steuer klar verbesserungswürdig sind. Die Schweiz muss und soll die internationalen Standards übernehmen. Damit schafft sie auch Rechtssicherheit für die Unternehmen und sichert damit Arbeitsplätze und Steuereinnahmen. Zudem kann die Schweiz so Einnahmen generieren, die ansonsten einfach in die grossen europäischen Staaten oder die USA abwandern würden. Die Mitglieder der GRÜNEN Baselland und Basel-Stadt haben aufgrund dessen die Ja-Parole beschlossen.

Jérôme Thiriet, Vize-Präsident und
Grossrat GRÜNE Basel-Stadt

WAHLEN BASEL-STADT

BÜRGERGEMEINDERATSWAHLEN

Es braucht mehr GRÜN in der Bürgergemeinde, besonders in der kommenden Legislatur: Denn die auf Anstoss der GRÜNEN beschlossene Klimaschutzstrategie muss ambitioniert und im Einklang mit den Zielsetzungen des Kantons umgesetzt werden. Zudem stehen die GRÜNEN für eine kostengünstige und beschleunigte Einbürgerung sowie für Massnahmen für eine rasche Integration von zugezogenen Menschen ein. Neben den Bisherigen Anita Lachenmeier, Stefan Rommerskirchen und Lea Steinle kandidieren 34 weitere Personen für den Bürgergemeinderat. Wir streben bei den Wahlen einen Sitzzuwachs an und damit auch einen Sitz im Bürgerrat.



Anita (bisher)
Lachenmeier



Lea (bisher)
Steinle



Stefan (bisher)
Rommerskirchen



Lukas
Holm



Alexander
Nidecker



Alexander
Rathgeb



Alexandra Suter-
Zimmermann



Aurel
Schmidlin



Benjamin
Berger



Dagmar
Vergeat



Elisabeth
Eiholzer



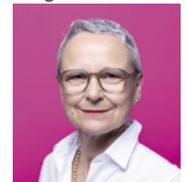
Emélie
Dunn



Franziska
Hopp



Ines
Kuentz-Bürkle



Julia
Maier



Katharina
Giovannone



Lydia
Meyer



Philipp
Lehr



Simone
Rudiger



Michèle
Perret



Eva
Strub



Rosmarie
Haldimann



Fina
Girard



Marc
Zimmermann



Anina
Neichen



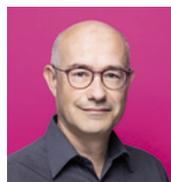
Monica
Staehelin



Oliver
Thommen



Jan
Schudel



Harald
Friedl



Beata
Wackernagel



Laurin
Hoppler



Cristina
Steinle



Jérôme
Thiriet



Florian
Eckert



Eveline
Rommerskirchen



Lucienne
Renaud



Remo
Thalmann

UNTERSTÜTZE UNS
BEI DEN WAHLEN



[gruene-bs.ch/
buergergemeinderatswahlen](https://gruene-bs.ch/buergergemeinderatswahlen)



Bild: zVg

EIN FLÜSSIGGASTERMINAL FÜR DIE SCHWEIZ?

LNG: Wie drei Buchstaben die ganze Region beschäftigen.

Zurzeit kommt niemand am geplanten LNG-Terminal in Muttenz vorbei. Der Gasverbund Mittelland (GVM) spricht von einer Zukunftsinvestition und der Klimastreik wirft ihm Greenwashing vor.

Gehen wir aber zurück zum Anfang.

ENDE DEZEMBER verkündet der GVM, das erste Flüssiggasterminal der Schweiz bauen zu wollen. Im enthusiastischen Artikel ist von einem «Meilenstein der Schweizer Energieversorgung» die Rede. LNG ist Erdgas, welches auf unter -160 Grad heruntergekühlt wird und sich verflüssigt. In diesem Zustand kann es unter ständiger Kühlung per Container oder Schiff transportiert und über Terminals wieder ins Netz eingespiesen werden. Einige Länder bauen LNG aus, um unabhängiger von russischem Gas zu werden. Dabei werden zum Teil massive Überkapazitäten geschaffen. Zudem gefährdet der Ausbau fossiler Infrastruktur eine rasche Energiewende.

IM FEBRUAR kündigt der Klimastreik Widerstand gegen «das Lützerath von Basel» an. An einem Informationsabend mit Fachpersonen wird neben den Auswirkungen auf Mensch und Umwelt auch über die ökonomischen Risiken gesprochen. Am 25. März findet die erste Kundgebung beim Hauptsitz des GVM in Arlesheim statt. In einem offenen Brief wird die Einstellung des Projekts gefordert.

IN DER ZWISCHENZEIT ruderte der GVM-Verwaltungsratspräsident zurück und relativierte das Projekt. Man wolle «grünes Gas» und somit «nachhaltige» Infrastruktur bauen «für die Einspeisung von flüssigem Biogas (LBG) oder synthetischem Methan (LGG).» Diese können den Gasverbrauch rein mengenmässig nicht ersetzen, sind sehr ineffizient und sind jetzt nicht klimafreundlich.

Gut möglich, dass die Politik schneller reagiert als der GVM. So geht die Basler Regierung davon aus, dass eine Erweiterung der Gasinfrastruktur weder nötig noch wirtschaftlich ist. Und Ende März stellt sich das JgB zusammen mit vier anderen Jungparteien bis hin ins bür-

gerliche Lager gegen das Terminal und fordert einen schnelleren Ausbau der erneuerbaren Energien.

UND WAS GESCHIEHT JETZT?

In Muttenz entsteht eine Lokalgruppe und im Hintergrund werden die Bündnisse breiter. Es ist wichtig, dass sich die GRÜNEN glaubwürdig gegen das Flüssiggasterminal einsetzen und dieses Feld gerade im Baselbiet nicht der SP überlassen. Die eigene Nationalrätin Florence Brenzikofer hat es vorge-macht. Was aber jetzt schon festgestellt werden kann: LNG sagt niemand mehr und die Wörter grün oder nachhaltig werden vor das Wort Gas gestellt. Das ist noch keine Klimarevolution. Aber wir sollten es als unseren Erfolg verbuchen. Denn die Ära der fossilen Deutungshoheit ist vorbei.

Helma Pöppel und Benjamin Rytz

ZUR PETITION



climatestrike.ch/posts/no-lng-no-gas

SAUBERE UND SICHERE ENERGIE – JETZT HANDELN



Wir wissen es schon viel zu lange und kein Weg führt daran vorbei: Wir müssen unsere Energieversorgung innert 20 Jahren umstellen, wenn wir saubere Energie aus erneuerbaren Quellen, eine sichere, unabhängige Energieversorgung wollen und auch noch unseren Beitrag zur Minderung der Erderwärmung leisten wollen.

Dazu müssen wir mit viel mehr Konsequenz erneuerbare Energiequellen ausbauen, sei es Wasserkraft, Solar- oder Windstrom. Es werden mehr Kompromisse nötig sein, auch beim Umwelt- und Landschaftsschutz. Kompensation wäre möglich mit mehr Biodiversitäts-Flächen. Weitere auszubauende Quellen sind Umwelt- und Abwärme (Beispiel ARA Birs) wie auch Geothermie – hier braucht es Mut für einen zweiten Anlauf.

Schliesslich brauchen wir intelligente Stromnetze und Speicherkapazitäten. Sparen können wir ohne Komfortverlust auch noch, und an der Energieeffizienz arbeiten wir weiter. Die Energiewende ist also möglich. Aber es braucht uns alle, noch mehr und jetzt.

Isaac Reber,
Regierungsrat GRÜNE BL

VERABSCHIEDUNG BISHERIGE LANDRÄT*INNEN

Mit der Verabschiedung von sechs grünen Landrät*innen auf die neue Legislaturperiode muss unsere Fraktion einen schmerzlichen Verlust an Persönlichkeiten und Fachwissen hinnehmen. Michi Bürgin und Katrin Joos Reimer waren für kurze Zeit dabei, haben aber schnell ihre Rolle gefunden und mit ihren Stellungnahmen sowohl im Landrat als auch in der Fraktion gepunktet. Regula Waldner und Julia Kirchmayr-Gosteli, beide die letzten vier Jahre bei uns, werden eine grosse Lücke hinterlassen; ihre Expertise war uns immer eine grosse Unterstützung. Mit Lotti Stokar und

Rahel Bänziger verliert unsere Fraktion schliesslich zwei «Urgesteine» mit sehr viel Erfahrung und politischem Geschick. Ich konnte mich als Parteikollege und Fraktionspräsident stets auf die beiden verlassen. Vielen Dank für euer aller Einsatz und Leistung für ein grüneres Baselbiet! Es tut mir weh, euch in der Fraktion zu verlieren. Aber nach jedem Winter kommt ein neuer Frühling – und so dürfen wir nun vier neue Fraktionsmitglieder begrüssen.

Stephan Ackermann, Fraktionspräsident GRÜNE/EVP

NEUGEWÄHLTE LANDRÄTINNEN UND LANDRÄTE



SIMON
TSCHENDLICK

Eine intakte Natur, klimafite Wälder und Voraussetzungen für erfolgreiche nachhaltige Unternehmen sind Themen, die mich als Förster, Unternehmer und Vater angesichts der kommenden Herausforderungen des Klimawandels besonders beschäftigen. In meiner Arbeit als Landrat werde ich in diesen Bereichen Akzente setzen!



LAURA
INEICHEN

Meine politischen Interessen betreffen die Klima-, Landwirtschafts- und Bildungspolitik. Als Biolandwirtin möchte ich mich im Baselbieter Landrat für eine Landwirtschaft einsetzen, in der Produktion und Ökologie im Gleichgewicht stehen. Gleichermassen wichtig ist mir die Förderung von nicht-akademischer Aus- und Weiterbildung.



BILJANA
GRASAREVIC

Als Mittelschullehrerin, Ökonomin und Mutter möchte ich eine lebenswerte Region fördern, die auch künftigen Generationen erhalten bleibt. Meine politischen Schwerpunkte als Landrätin liegen darum im Einsatz für eine starke Bildung, Chancengerechtigkeit, eine innovative und nachhaltige Wirtschaft sowie Klima- und Biodiversitätsschutz.



GZIM
HASANA

Für soziale Gerechtigkeit, für gesellschaftliche Teilhabe unabhängig von Herkunft, für ein Bildungssystem, das sichere berufliche Perspektiven eröffnet, für eine Umwelt- und Energiepolitik, die eine sichere und saubere Zukunft für unsere Kinder ermöglicht – dafür setze ich mich als Landrat ein.

RÜCKBLICK GROSSRATSPRÄSIDIUM – LOOKING BACK, OVER MY SHOULDER ...



Bild: Kostas Maros

Wenn ich so berühmte Songtextzeilen lese, höre ich direkt die Melodie in meinem Ohr. So singen, während ich diesen Rückblick verfasse, Mike & The Mechanics ihren 90er-Hit in meinem Kopf. Mein Jahr als Grossratspräsidentin war tatsächlich das lehrreichste Jahr meines bisherigen Lebens, und ich werde immerhin nächstes Jahr 30. Während die Grossanlässe wie das Eidgenössische Schwing- und Älplerfest oder die Bundesratswahlen eindruckliche Erinnerungen sind, die ich mit vielen Menschen in der Region teile, denke ich rückblickend vor allem an die vielen Begegnungen. Ich hatte die Chance, während eines Jahres überall mit offenen Armen empfangen zu werden. Die vielen ersten Hürden, welche einem als junge Frau so oft begegnen, waren für einmal meist leichter überwindbar. All meine Begegnungen mit unterschiedlichen Vereinen, mit dem Sportteam des Jahres (Wasserballerinnen), mit Kindern und Jugendlichen, mit nationalen und internationalen Politiker*innen und Forscher*innen ermöglichten mir

Verbindungen zu schaffen. Ich hatte die Chance, die Menschen hinter all den unterschiedlichen Interessen zu sehen, welche uns in der Politik so stark antreiben. Mein Amt gab mir die Möglichkeit mit Ignazio Cassis und anderen Grössen aus Wirtschaft, Gesellschaft und Politik über den Klimaschutz und über unsere Vorstellung der Zukunft zu sprechen. Bleiben wir ehrlich, manchmal konnte ich auch nur über das Wetter philosophieren, weil mir nichts anderes über die Lippen kam. Mein Grossratspräsidentiums-jahr hat mich gefordert und überfordert und am Ende sehr glücklich erschöpft zurückgelassen. Die Chance, als junge grüne Frau unser Parlament und unsere Demokratie zu vertreten, hat mir grosse Freude bereitet. Die Chance des Türöffnens habe ich lange unterschätzt und möchte das jetzt für andere nutzen. Der Blick über die Schultern ist ein guter und macht mir Hoffnung für das, was kommt.

Jo Vergeat, Alt-Grossratspräsidentin, Grossrätin GRÜNE Basel-Stadt

Nach einem Jahr hat Jo das Amt als Grossratspräsidentin Ende Januar 2023 weitergegeben. Sie hat das Amt bravourös gemeistert und mit grossem Engagement gestaltet. Neben ihrer sorgfältigen Ratsführung zeigte sie sich vor allem auch als zugängliche höchste Baslerin für alle Menschen in der Region, wobei ihre brillanten Reden an den diversen Veranstaltungen bei vielen in Erinnerung bleiben werden. Danke Jo! Laura Schwab, Vize-Präsidentin

LAUT BLEIBEN!



In meinen ersten beiden Grossratsmonaten wurden gleich zwei grundlegende demokratische Fragen gestellt: Wer darf eigentlich Politik machen – und wie soll diese Politik aussehen?

Im Februar diskutierten wir die neue Geschäftsordnung des Grossen Rats: Neu soll es möglich sein, viermal pro Legislatur im Rathaussaal zu fehlen und trotzdem online abstimmen zu können. Es ist ein kleiner Schritt in Richtung besserer Vereinbarkeit. Aber es bleibt noch viel zu tun, bis unser Parlament wirklich Raum lässt für alle, die wegen Familie, Beruf, Ausbildung, Herkunft, Gesundheit und allen Herausforderungen des Alltags bisher kaum im Grossen Rat Vertretung finden.

Im März folgte nach den polizeilichen Repressionen am feministischen Kampftag eine lange und zermürbende Debatte über Demonstrationen und ihre Berechtigung. Der Klimastreik hat mich in die Politikwelt gebracht, als 17-Jährige war die Strasse eine der einzigen Möglichkeiten, mich zu engagieren. Die Debatte hat gezeigt, wie leicht demokratische Grundrechte infrage gestellt werden und Demonstrierende über einen Kamm geschert werden – hier ist eine Diskursverschiebung bitter nötig. Wir müssen laut bleiben, auf der Strasse und im Grossen Rat!

Fina Girard, Grossrätin junges grünes Bündnis

GRÜNE BL HABEN NOMINIERT



Die GRÜNEN BL haben an ihrer MV am 22. März ihre bisherige Ständerätin Maya Graf (im Bild in der Mitte) mit grossem Applaus für eine neue Legis-

latur im Ständerat nominiert. Für die Nationalratswahlen wird die engagierte Liste 7 mit der Spitzenkandidatin Florence Brenzikofer als Bisherige (im Bild 2. von rechts) getragen von Marco Agostini, Rahel Bänziger, Andrea Sulzer, Michael Durrer, Gzim Hasanaj und Dominique Zbinden (nicht im Bild).

Bis zu den Wahlen ist Maya Graf im ganzen Baselbiet unterwegs. Wo genau, kannst du auf dieser Karte einsehen – und auch dem Unterstützungskomitee beitreten! [https://mayagraf.ch/aktuell\(nfs\)](https://mayagraf.ch/aktuell(nfs))

BUCHHINWEIS: LUCIUS BURCKHARDTS BASEL

Lucius Burckhardt (1925–2003) spielte in den 1980er-Jahren eine wichtige Rolle bei der Formierung der Basler Grünen. Dabei verfügte er über einen reichen Schatz an historischem Wissen und planungskritischer Erfahrung bezüglich der Stadt Basel und der Region. Der von Markus Ritter und Martin Schmitz herausgegebene Band «Gerade noch gutgegangen» versammelt Texte und Wortmeldungen aus einem Zeitraum von fünf Jahrzehnten. In ihnen äussert sich Burckhardt zu Themen wie Stadtplanung, Verkehr, Architektur, Landschaft und Umwelt und regt zum kritischen Weiterdenken an. Dabei liegt der Fokus auf Burckhardts Heimatstadt Basel. (ms) **Lucius Burckhardt: Gerade noch gutgegangen. Fünf Jahrzehnte Planungskritik.** Martin Schmitz Verlag, 427 Seiten, ca. 40 Franken

PODIUMSGESPRÄCH IN SISSACH

Atomenergie, die grüne Zukunft? Welche Rolle spielt die Atomenergie im Zusammenhang mit der Klimaerwärmung? Am Mittwoch, 24. Mai 2023, um 20 Uhr diskutieren Florence Brenzikofer (GRÜNE), Helma Poeppel (Klimastreik, jgb), Florian Spiegel (JSVP BL), Jan Stocker (JSVP SZ) im Kulturhaus Cheesmeyer.

WECHSEL FRAKTIONS- PRÄSIDIUM



Turnusgemäss wechselte der Vorsitz im Präsidium der Fraktion Grün-Alternatives Bündnis (GAB) nach zwei Jahre wieder zu den GRÜNEN. Harald Friedl ist neu Fraktionspräsident. Tonja Zürcher verbleibt im Fraktionspräsidium und wird neu neben Laurin Hoppler (jgb) Vizepräsidentin der Fraktion. (ot)

Turnusgemäss wechselte der Vorsitz im Präsidium der Fraktion Grün-Alternatives Bündnis (GAB) nach zwei Jahre wieder zu den GRÜNEN. Harald Friedl ist neu Fraktionspräsident. Tonja Zürcher verbleibt im Fraktionspräsidium und wird neu neben Laurin Hoppler (jgb) Vizepräsidentin der Fraktion. (ot)

PAROLEN 18. JUNI 2023

EIDGENÖSSISCH

Ja Klimaschutzgesetz
Ja Covid-19-Gesetz
Ja OECD-Mindeststeuer

BASEL-STADT

Bürgergemeinderatswahlen
Liste 17

AGENDA

24. Mai: Podiumsgespräch Atomenergie (Sissach)

27. Mai: Aktionstage Klimaschutzgesetz

3. Juni: Netzwerk GRÜNE Frauen, Bern

14. Juni: Feministischer Streik 2023

18. Juni: Abstimmungs- & Wahlsonntag

12. August: Grünes Sommerfest zum Auftakt der nationalen Wahlen, Schmatz Dreispitz

25. August: MV & Sommerfest jgb

5. September: MV GRÜNE BS

6. September: MV GRÜNE BL (Allschwil)

DAS LETZTE

Die Boulevard-Medien haben es noch nicht bemerkt, so dass sich das Grünwärts den Primeur ergattert. Wir haben sie nämlich gefunden: Die ultimativen Klimakleber*innen. Sie sind viele (alleine in der Schweiz über 13'000!) seit langem aktiv und in einem weltweit kooperierenden Netzwerk agierend. Das fiese: Sie kleben nicht auf der Strasse, sondern stören die anderen Parteien in den Regierungen und Parlamenten, da sie dort auf den Sesseln kleben und einfach nicht verschwinden wollen. Da sie von den Stimmberechtigten gewählt sind, können sie nicht von der Polizei entfernt

werden! Der renitenteste unter ihnen war lange Daniel Brélaz. Dieser Held der Klimabewegung klebte ein halbes Jahrhundert auf irgendeinem Sessel und kämpfte für die Klimapolitik. Länger als die GRÜNEN in den Sesseln der institutionellen Politik kleben – sie feierten im Mai ihren 40. Geburtstag. Eine Feier wie eine Drohung: Die GRÜNEN werden weiterhin versuchen, sich auf Sessel um Sessel zu kleben und so die Umweltzerstörung stören und für eine umweltfreundliche Politik demokratische Mehrheiten zu holen.